

Gemeinsamer Bericht

des Verwaltungsrats der

Müller – Die lila Logistik SE

mit dem Sitz in Besigheim

und

der Geschäftsführung der

MLO Verwaltung GmbH

mit dem Sitz in Besigheim

als Komplementärin der

Müller – Die lila Logistik Ost GmbH & Co. KG

mit dem Sitz in Zwenkau

nach § 293a AktG

über den

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

zwischen der

Müller – Die lila Logistik SE

mit dem Sitz in Besigheim

und der zukünftigen

Müller – Die lila Logistik Ost GmbH

mit dem Sitz in Zwenkau

I. Vorwort

Die Müller – Die lila Logistik SE mit dem Sitz in Besigheim (nachfolgend auch „**MLL**“) und die Müller – Die lila Logistik Ost GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Besigheim (nachfolgend auch „**Tochtergesellschaft**“) beabsichtigen, nach der formwechselnden Umwandlung der Tochtergesellschaft in eine GmbH den im Entwurf als **Anlage 1** zu diesem Bericht beigefügten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (nachfolgend „**Vertrag**“) abzuschließen. Mit dem Vertrag unterstellt die Tochtergesellschaft die Leitung ihres Unternehmens der MLL und verpflichtet sich die Tochtergesellschaft zur Abführung ihres ganzen Gewinnes an die MLL. Die MLL wiederum verpflichtet sich darin gegenüber der Tochtergesellschaft zur Verlustübernahme.

Bei dem Vertrag handelt es sich um einen Unternehmensvertrag nach § 291 Abs. 1 Satz 1 Aktiengesetz (AktG). Er bedarf der Zustimmung der Hauptversammlung der MLL und der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft und ist in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft einzutragen. Der Vertrag wird der Hauptversammlung der MLL am 30. Juni 2026 und der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft voraussichtlich unverzüglich nach der Hauptversammlung der MLL sowie der formwechselnden Umwandlung der Tochtergesellschaft in eine GmbH zur Zustimmung vorgelegt.

Der Verwaltungsrat der MLL und die Geschäftsführung der MLO Verwaltung GmbH als zur Geschäftsführung befugte persönlich haftende Gesellschafterin Tochtergesellschaft erstatten gemäß § 293a AktG den folgenden Bericht.

II. Vertragsparteien

1. Müller – Die lila Logistik SE

Die MLL ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB 777931 eingetragen. Das satzungsmäßige Grundkapital beträgt EUR 7.955.750,00.

Die MLL erzielte im Geschäftsjahr 2025 bei einem Konzernumsatz von rund EUR 250 Mio. ein Betriebsergebnis (EBIT) von rund EUR 11,3 Mio. und einen Jahresüberschuss von rund EUR 4,30 Mio. im Konzern.

Satzungsmäßiger Unternehmensgegenstand der MLL ist die strategische, konzeptionelle, technische und organisatorische Planung und Beratung von Unternehmen in Bezug auf Systeme, Schnittstellen, Prozesse, Abläufe und Abwicklungen, und das Erbringen von Dienstleistungen, insbesondere die Übernahme von Prozessen, Abläufen und Abwicklungen für Dritte, eingeschlossen die Übernahme von

Transporten, von Tätigkeiten der Lagerlogistik und von damit verbundenen Dienstleistungen sowie Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie.

Die Lila Logistik Gruppe bietet als national und international tätiger Logistikdienstleister alle relevanten Funktionen der Kontraktlogistik an. Die Felder Beschaffungslogistik, Produktionslogistik, Distributionslogistik und E-Commerce bilden den Kern der betrieblichen Tätigkeiten des Konzerns. Die Lila Logistik Gruppe gliedert hierfür das breite Dienstleistungsportfolio in die Segmente Lila Operating und Lila Real Estate. Im Segment Lila Operating unterscheidet die Lila Logistik Gruppe zwischen den drei Services Delivery, Warehousing und Assembling. Das Segment Lila Real Estate beinhaltet im Eigentum der MLL befindliche Immobilienflächen, die im Wesentlichen zur Erbringung des Services „Warehousing und Assembling“ an Kunden dienen. Die externen Umsätze dieses Segments werden mit der Vermietung von Teilbereichen der eigenen Immobilien (z.B. Büroflächen, Außenflächen, Parkplätze) sowie der Erzeugung von Strom mit der Photovoltaikfläche erzielt. Die Dienstleistungen werden überwiegend in den Kern- und Zielbranchen Automotive, Electronics, Consumer, Industrial, Medical & Pharma, Books & Media, E-Commerce sowie Defense & Security platziert. Zum Kundenkreis der Lila Logistik Gruppe gehören namhafte, national und international tätige Unternehmen.

Mitglieder des Verwaltungsrats der MLL sind Herr Michael Müller (Vorsitzender), Herr Christoph Schubert (stellvertretender Vorsitzender), Herr Per Klemm, Herr Dr.-Ing. Peer Schreiner und Herr Christian Schorndorfer.

Geschäftsführende Direktoren der MLL sind Herr Michael Müller und Herr Rupert Früh. Die Gesellschaft wird gesetzlich vertreten durch zwei geschäftsführende Direktoren gemeinsam oder einen geschäftsführenden Direktor mit einem Prokuristen. Ist nur ein geschäftsführender Direktor bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Herr Michael Müller ist einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis, im Namen der Gesellschaft mit sich als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

Das Geschäftsjahr der MLL ist das Kalenderjahr.

Im Geschäftsjahr 2025 waren an den 23 Standorten und Betriebsstätten der Lila Logistik Gruppe im Durchschnitt 2.068 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Die MLL ist in Deutschland unbeschränkt körperschaft- und gewerbsteuerpflichtig.

2. Müller – Die lila Logistik Ost GmbH & Co. KG

Die Tochtergesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRA 16237 eingetragen.

Die Tochtergesellschaft ist durch formwechselnde Umwandlung der Müller – Die lila Logistik Ost GmbH mit dem Sitz in Zwenkau entstanden und wurde im Jahr 2010 im Handelsregister eingetragen.

Einzigste Kommanditistin der Tochtergesellschaft ist die MLL mit einer Einlage in Höhe von EUR 25.000,00. Persönlich haftende Gesellschafterin der Tochtergesellschaft ist die MLO Verwaltung GmbH mit dem Sitz in Besigheim (Amtsgericht Stuttgart, HRB 734503) (nachfolgend „**Komplementärin**“), deren Alleingesellschafterin die MLL ist.

Geschäftsführer der Komplementärin ist Herr Thomas Pichler. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Komplementärin allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, vertreten die Geschäftsführer die Komplementärin durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Gegenstand des Unternehmens der Tochtergesellschaft ist die Entwicklung, Planung, Ausführung, Steuerung und Kontrolle von Informations- und Kommunikationstechnologien, prozessgesteuerten Logistiksystemen, parametrierbaren Logistikplattformen sowie Logistik und Dienstleistungen aller Art.

Das Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft ist das Kalenderjahr.

Der Geschäftsbetrieb der Tochtergesellschaft wies in den vergangenen beiden Geschäftsjahren positive Ergebnisse im mittleren sechsstelligen Bereich aus. Im Geschäftsjahr 2023 ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 68.122,68. Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 375.155,81 erzielt. Im Geschäftsjahr 2025 erzielte die Tochtergesellschaft bei Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 13.665 einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 498.954,75. Die Bilanz der Tochtergesellschaft zum 31. Dezember 2025 wies bei einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 3.258.941,53 ein Eigenkapital in Höhe von EUR 275.000,00 aus.

Die MLL und die Komplementärin beabsichtigen, eine formwechselnde Umwandlung der Tochtergesellschaft in die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) mit der künftigen Firma Müller – Die lila Logistik Ost GmbH zu

beschließen, wobei die Komplementärin als Gesellschafter ausscheiden wird. Die MLL wird damit zur Alleingesellschafterin der Tochtergesellschaft. Der Unternehmensgegenstand soll unverändert bleiben. Nachdem aufgrund des Formwechsels die Tochtergesellschaft in der Rechtsform der GmbH im Handelsregister eingetragen ist, soll der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft geschlossen werden.

Die Tochtergesellschaft soll auch zukünftig die oben genannten Dienstleistungen erbringen.

Für die Geschäftsjahre 2026 bis 2028 sieht die Geschäftsplanung der Tochtergesellschaft auf der Grundlage gegenwärtiger Einschätzungen jeweils Jahresüberschüsse in Höhe von voraussichtlich TEUR 500 vor.

Anhaltspunkte dafür, dass bei der Tochtergesellschaft künftig nachhaltige Verluste entstehen, sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

III. Rechtliche und wirtschaftliche Gründe für den Abschluss des Vertrags

Unternehmensverträge werden abgeschlossen, um einerseits einen laufenden Ergebnisausgleich zu erreichen und andererseits eine Organschaft im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes und Gewerbesteuergesetzes begründen zu können. Hierdurch können im Konzern bestehende Verluste steuerlich nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus können dem Beteiligungsunternehmen aufgrund der Beherrschung auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen Weisungen erteilt werden, was die Führung des Beteiligungsunternehmens erleichtert. Um die steuerliche Organschaft zwischen der MLL und der Tochtergesellschaft herzustellen, ist der Abschluss des als Entwurf beigefügten Vertrags notwendig.

Der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags ist gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 Körperschaftsteuergesetz (KStG) in Verbindung mit § 17 Abs. 1 KStG sowie § 2 Abs. 2 Satz 2 Gewerbesteuergesetz (GewStG) eine zwingende Voraussetzung für die körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaft. Eine solche Organschaft führt dazu, dass Gewinne und Verluste der Tochtergesellschaft als Organgesellschaft der MLL als Organträgerin steuerrechtlich zugerechnet werden. Auf Ebene der MLL können somit positive und negative Ergebnisse beider Gesellschaften periodengleich miteinander verrechnet werden, was wiederum den Steueraufwand und den Konzern-Cashflow optimiert.

Zwar wurden die Ergebnisse der Tochtergesellschaft für Zwecke der Körperschaftsteuer in den vergangenen Geschäftsjahren bereits der MLL als Kommanditistin zugerechnet. Für die Zwecke der Gewerbesteuer unterlagen die Einkünfte jedoch auf Ebene der

Tochtergesellschaft und nicht auf Ebene der MLL der Besteuerung; eine steuerliche Verrechnung mit den Ergebnissen der MLL ist bezüglich der Gewerbesteuer nicht möglich gewesen. Der Vorstand der MLL und die Geschäftsführung der Tochtergesellschaft haben sich daher entschieden, die Tochtergesellschaft im Wege des Formwechsels in die Rechtsform der GmbH umzuwandeln, um dann mit der Tochtergesellschaft einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abzuschließen und hinsichtlich des von der Tochtergesellschaft betriebenen Unternehmens die steuerlichen Vorteile einer Organshaft vollständig nutzen zu können.

Die Höhe der entstehenden steuerlichen Vorteile hängt von den zukünftigen Ergebnissen der Gesellschaften ab und lässt sich daher nicht vorhersagen.

Der Abschluss des Vertrags ist zudem am besten geeignet, um die einheitliche Leitung der Tochtergesellschaft und ihre Integration in den Konzern der MLL zu gewährleisten.

Die Tochtergesellschaft unterstellt durch den Vertrag die Leitung ihres Unternehmens der MLL. Die MLL hat danach das Recht, der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft Weisungen zu erteilen; die Tochtergesellschaft hat den Weisungen Folge zu leisten. Dies stellt ein einheitliches Agieren beider Gesellschaften sicher. Zwar steht der Gesellschafterversammlung einer GmbH – hier also der MLL als Alleingesellschafterin – auch ohne einen Beherrschungsvertrag ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsführung der GmbH zu. Umfang und rechtliche Grenzen des Weisungsrechts sind jedoch nicht eindeutig geregelt; nicht geregelt ist ferner ein etwaiger Ausgleich von Nachteilen, die eine GmbH infolge für sie nachteiliger Weisungen (die jedoch im Konzerninteresse liegen) beanspruchen kann. Der Vertrag dient insoweit der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Das Weisungsrecht der Gesellschafter unterliegt ferner formalen Anforderungen und kann auch aus diesem Grunde nicht in gleicher Weise wie ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag die angestrebte einheitliche Leitung sicherstellen.

Zudem wird durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag die für eine umsatzsteuerliche Organshaft erforderliche organisatorische Eingliederung der Tochtergesellschaft in die MLL geschaffen. Durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaft in den umsatzsteuerlichen Organkreis der MLL sind die auf das Inland entfallenden Leistungen zwischen der Tochtergesellschaft und der MLL sowie weiterer Organgesellschaften der MLL nichtsteuerbare Innenumsätze, für die keine Umsatzsteuer geschuldet wird. Unternehmer nach dem Umsatzsteuergesetz ist die MLL, die Umsatzsteuer des Organkreises wird von der MLL geschuldet. Im Innenverhältnis zwischen der Tochtergesellschaft und der MLL erfolgt ein verursachungsgerechter Ausgleich. Die umsatzsteuerliche Organshaft bewirkt damit insbesondere Verwaltungsvereinfachungen.

Mit dem Abschluss des Vertrags sind keine Veränderungen der Beteiligungsquoten an den vertragschließenden Gesellschaften verbunden.

IV. Alternativen zum Vertragsabschluss

Eine wirtschaftlich vernünftige Alternative zum Abschluss des Vertrags, mit der die oben beschriebenen Zielsetzungen gleichermaßen oder besser verwirklicht werden könnten, besteht nicht. Die mit der körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaft verbundenen steuerlichen Vorteile sowie die Integration der Tochtergesellschaft in den Konzern der MLL und die umsatzsteuerliche Organschaft lassen sich nur durch den Abschluss des Vertrags zwischen der Tochtergesellschaft und der MLL realisieren.

Der Abschluss eines bloßen Beherrschungsvertrags nach § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG ist keine gleichwertige Alternative, da ohne die Verpflichtung der Tochtergesellschaft zur Gewinnabführung eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft mit der Tochtergesellschaft nicht begründet werden kann.

Der Abschluss eines reinen Gewinnabführungsvertrags lässt die bessere Integration des Tochterunternehmens in den Konzern der MLL außer Betracht.

Die Verschmelzung der Tochtergesellschaft auf die MLL stellt keine Alternative dar, da die Tochtergesellschaft als rechtlich eigenständige Einheit bestehen soll.

V. Erläuterung des Vertrags im Einzelnen

Zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrags ist folgendes anzumerken:

1. Leitung der Tochtergesellschaft (§ 1)

§ 1 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags enthält die für einen Beherrschungsvertrag konstitutive Bestimmung, wonach sich die Tochtergesellschaft als abhängige Gesellschaft der Leitung ihrer Gesellschaft durch die MLL als herrschendem Unternehmen unterstellt. Gemäß § 1 Abs. 2 des Vertrags ist die MLL berechtigt, der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft hinsichtlich deren Geschäftsführung Weisungen zu erteilen. Eine Regelung zum Umfang des Weisungsrechts ist nicht vorgesehen. Dieser ergibt sich aus § 308 AktG. Nach diesem deckt das Weisungsrecht inhaltlich grundsätzlich die gesamte Bandbreite von Entscheidungen ab, die im Zuständigkeitsbereich der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft liegen. Die Weisungen können sämtliche Führungsfunktionen und den Gesamtbereich der Geschäftsführung einschließlich der organschaftlichen Vertretung betreffen. Erteilt werden können auch Weisungen, die für die Tochtergesellschaft nachteilig sind, sofern sie den Belangen der MLL oder eines mit diesem verbundenen

Unternehmen dienen, § 308 Abs. 1 Satz 2 AktG. Unzulässig sind hingegen solche Weisungen, deren Befolgung zwingende gesetzliche Vorschriften oder Satzungsbestimmungen verletzen oder die Existenz der MLL gefährden würde. Solche Weisungen sind von der Geschäftsführung der Tochtergesellschaft nicht zu befolgen. Zu befolgen sind lediglich rechtmäßige Weisungen der MLL.

Der Abschluss des Vertrags hat keinen Einfluss auf die rechtliche Selbstständigkeit der Tochtergesellschaft. Soweit es an einer Weisung der MLL fehlt, leitet die Geschäftsführung der Tochtergesellschaft die Gesellschaft nach den allgemeinen Grundsätzen eigenverantwortlich und ausgerichtet am Gesellschaftsinteresse der Tochtergesellschaft.

Die MLL kann jederzeit die Bücher, Schriften und sonstigen Geschäftsunterlagen der Tochtergesellschaft einsehen und Auskünfte über die rechtlichen, geschäftlichen und organisatorischen Angelegenheiten der Tochtergesellschaft verlangen. Die Tochtergesellschaft ist verpflichtet, der MLL regelmäßig über alle wichtigen Geschäftsvorfälle zu berichten.

2. Gewinnabführung und Verlustübernahme (§ 2)

Die Tochtergesellschaft ist verpflichtet, ihren ganzen Gewinn entsprechend den Vorschriften des § 301 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung an die MLL abzuführen. Damit die steuerliche Organschaft zwischen der Tochtergesellschaft und der MLL wirksam ist, ist die Gewinnabführung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 KStG zwingend notwendig.

Die Tochtergesellschaft ist mit Zustimmung der MLL berechtigt, Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in andere Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen, als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist. Während der Dauer des Vertrags gebildete andere Gewinnrücklagen nach § 272 Abs. 3 HGB können auf Verlangen der MLL aufgelöst und als Gewinn abgeführt werden. Gewinnrücklagen und ein Gewinnvortrag, die vor Beginn dieses Vertrags gebildet wurden, dürfen nicht abgeführt werden. Für Kapitalrücklagen im Sinne des § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB, die vor oder während der Geltungsdauer des Vertrags gebildet worden sind, gilt dies entsprechend. Insoweit handelt es sich um übliche Regelungen im Rahmen eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags.

Die MLL ist entsprechend der Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung gegenüber der Tochtergesellschaft zur Verlustübernahme verpflichtet. Damit die steuerliche Organschaft zwischen der Tochtergesellschaft und der

MLL wirksam ist, ist es gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 KStG zwingend notwendig, dass sich die MLL ihrerseits verpflichtet, einen etwaigen Verlust der Tochtergesellschaft auszugleichen.

Die Ansprüche auf Abführung des Gewinns und auf Ausgleich des sonst entstehenden Jahresfehlbetrags entstehen und werden fällig mit Ablauf eines jeden Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft. Nach diesem Zeitpunkt sind mit 2 % im Jahr über dem jeweiligen 3-Monats-EURIBOR zum 15. Januar des nachfolgenden Geschäftsjahres zu verzinsen.

3. Wirksamwerden, Vertragsdauer, Kündigung (§ 3)

§ 3 Abs. 1 Satz 1 des Vertrags stellt klar, dass der Vertrag zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung der Hauptversammlung der Muttergesellschaft sowie der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft und der Eintragung in das Handelsregister des Sitzes der Tochtergesellschaft bedarf. Der Vertrag – mit Ausnahme des § 1 (Leitung der Tochtergesellschaft) – beginnt rückwirkend mit Beginn des Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft, in dem der Vertrag wirksam wird, d.h. voraussichtlich rückwirkend zum 1. Januar 2026. Die in § 1 des Vertrags (Leitung der Tochtergesellschaft) getroffenen Vereinbarungen gelten erst ab Wirksamwerden dieses Vertrags.

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Der Gewinnabführungsvertrag hat jedoch eine feste Mindestlaufzeit bis zum späteren der nachfolgend bezeichneten Zeitpunkte (Vertragsmindestlaufzeit): (i) 31. Dezember 2030, (ii) falls der Vertrag erst nach dem 31. Dezember 2026 wirksam wird: das Ende des ersten Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft, das mindestens fünf volle Zeitjahre nach dem Beginn des Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft, in dem der Vertrag wirksam wird, endet oder (iii) das Ende des ersten Geschäftsjahres, das nach bzw. auf dem Zeitpunkt liegt, in dem die durch den Vertrag begründete ertragsteuerliche Organschaft ihre steuerliche Mindestlaufzeit erfüllt hat. Zur Wirksamkeit der steuerlichen Organschaft muss der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 KStG sowie § 2 Abs. 2 Satz 2 GewStG auf fünf Jahre abgeschlossen und während seiner gesamten Dauer durchgeführt werden. Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf das Ende eines Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft gekündigt werden, erstmals jedoch auf das Ende der Vertragsmindestlaufzeit.

Das Recht zur vorzeitigen Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn unter Abwägung

aller Umstände dem kündigungswilligen Vertragsteil eine Fortsetzung des Vertrags nicht mehr zugemutet werden kann. Als wichtiger Grund gilt auch die Verschmelzung, Spaltung oder Liquidation einer der beiden Vertragsparteien, eine Veräußerung der Gesellschaftsanteile oder der Beteiligungsmehrheit an der Tochtergesellschaft, der Verlust der Mehrheit der Stimmrechte an der Tochtergesellschaft durch die MLL oder eine Einbringung der Tochtergesellschaft, gleichgültig, ob diese auf das Ende oder im Laufe eines Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft erfolgen.

Die Kündigung bedarf in jedem Fall der Schriftform.

4. Schlussbestimmungen (§ 4)

§ 4 Abs. 1 enthält die übliche allgemeine Bestimmung, wonach Änderungen und Ergänzungen des Vertrags zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform bedürfen, soweit nicht gesetzlich zwingend eine strengere Form vorgeschrieben ist.

§ 4 Abs. 2 Satz 1 enthält eine Auslegungsregel, die ggf. sicherstellen soll, dass die mit dem Vertrag gewollte ertragsteuerliche Organschaft in vollem Umfang wirksam wird. § 4 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags enthält eine übliche sog. salvatorische Klausel. Sollten demnach einzelne Bestimmungen des Vertrags rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die weggefallene Bestimmung so zu ersetzen, dass sie dem erstrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Ergebnis, insbesondere der Errichtung einer ertragsteuerlichen Organschaft, möglichst nahe kommt. Das Gleiche gilt sinngemäß für die Ausfüllung von Vertragslücken.

VI. Ausgleich und Abfindung

Da die MLL Alleingesellschafterin der Tochtergesellschaft sein wird, sind außenstehende Gesellschafter nicht vorhanden. Ausgleichszahlungen oder Abfindungen nach §§ 304, 305 AktG sind demnach nicht zu erbringen und es bedarf keiner Bewertung der vertragschließenden Unternehmen zwecks Ermittlung der Höhe des Ausgleichs bzw. der Abfindung.

Einer Vertragsprüfung nach § 293b Abs. 1 Satz 1 AktG und eines Prüfberichts nach § 293e AktG bedarf es ebenfalls nicht.

Besigheim, den 21. Mai 2026

Müller - Die lila Logistik SE
Der Verwaltungsrat

Michael Müller

Christoph Schubert

Per Klemm

Dr.-Ing. Peer Schreiner

Christian Schorndorfer

Zwenkau, den 21. Mai 2026

Müller - Die lila Logistik Ost GmbH & Co. KG
MLO Verwaltung GmbH
Der Geschäftsführer

Thomas Pichler